



- [Auf dem Radar](#)
- [USA: Das Comeback von Donald Trump](#)
- [Deutschland: Politische Unsicherheit verstärkt Pessimismus](#)
- [Aktien: Politische Börsen...](#)

- [Finanzmarktkalender](#)
- [Prognosetabelle: BIP und Inflation](#)
- [Kapitalmarktprognosen](#)
- [Neues von Research & Advisory](#)



Auf dem Radar

ca/ Trump im Haus, Ampel aus. Die Woche hatte es politisch in sich, auch wenn beide Ereignisse nicht völlig überraschen kamen. Donald Trump hat die US-Präsidentschaftswahlen unerwartet deutlich gewonnen. Zudem sicherte sich seine republikanische Partei die Mehrheit im Senat und vermutlich – noch wird ausgezählt – die Mehrheit im Repräsentantenhaus. Damit können wir uns auf einen durchregierenden „Full Trump“ freuen. Ob damit aber auch das von ihm beschworene „Goldene Zeitalter von Amerika“ beginnt? An den Finanzmärkten nahm der „Trump-Trade“ an Fahrt auf: US-Aktien kletterten ebenso wie der Bitcoin auf Allzeithochs, Treasury-Renditen zogen an, der Dollar wertete auf. Am Renten- und Devisenmarkt relativierte sich der Anstieg mittlerweile wieder etwas. Und was bedeutete das Ende der deutschen Regierungskoalition? Während der DAX auf Trump nicht so freudig reagierte, konnte er nun doch zulegen (S. 5).

Der Reigen an Notenbankentscheiden ging angesichts der anderen Ereignisse ein wenig unter. Die Fed senkte ihren Leitzins wie erwartet um 25 Basispunkte auf einen Korridor von 4,50 bis 4,75 % und dürfte ihren Lockerungskurs vorerst fortsetzen. Übrigens sprach sich der von Trump kritisierte Fed-Chef Powell klar gegen seinen vorzeitigen Rücktritt aus. Die Bank of England reduzierte ihren Zins ebenso um 25 Basispunkte auf 4,75 %. Angesichts der höheren Staatsausgaben der neuen Labour-Regierung zeigte sie sich jedoch vorsichtiger hinsichtlich weiterer Zinssenkungen. Die Notenbank in Schweden senkte sogar um 50 Basispunkte, in Norwegen und Australien blieben die Leitzinsen dagegen unverändert.

In Deutschland gab es gemischte Signale aus der Industrie mit rückläufiger Produktion, aber steigenden Auftrags-eingängen. In der Berichtswoche werden die ZEW-Konjunkturerwartungen veröffentlicht. Politische Unsicherheiten könnten den Wert dämpfen (S. 4). In den USA stehen vor allem Inflationszahlen auf der Agenda. Die Verbraucherpreise könnten in der Kernrate etwas langsamer zunehmen. Neben den Erzeugerpreisen werden auch die Einzelhandelsumsätze und die Industrieproduktion veröffentlicht. Der solide Konsum dürfte wohl bestätigt werden. In Großbritannien hat sich das Wirtschaftswachstum im dritten Quartal voraussichtlich verlangsamt.

Kapitalmärkte im Wochenrückblick

Zinsen/Renten in %: aktueller Stand*, Bp. gg. Vw		
3M Euribor	3,03	-3
10j. Bundesanleih.	2,45	5
10j. US-Treasuries	4,33	4
Aktien in Landeswährung: aktueller Stand*, % gg. Vw		
DAX	19.363	1,5
Euro Stoxx 50	4.852	0,5
Dow Jones	43.729	4,7
Nikkei 225	39.381	0,8
Rohstoffe/Gold: aktueller Stand*, % gg. Vw		
Gold \$/oz	2.707	-1,4
Brentöl \$/bbl	76	3,4
Devisen jeweils gg. Euro: aktueller Stand*, % gg. Vw		
US-Dollar	1,08	0,7
Jap. Yen	165	0,1
Brit. Pfund	0,83	1,4
Schw. Franken	0,94	-0,2

*07.11.2024

Quellen: Bloomberg, Helaba Research & Advisory

Und die Politik? In Deutschland wird bereits über den Zeitpunkt von Neuwahlen gestritten. Bis dahin bleibt das Land politisch gelähmt in einem schwierigen Umfeld, auch angesichts der Belastungen, die aus den USA kommen könnten. Dort bereitet Donald Trump seine Regierung vor, um Amerika wieder „großartig zu machen“ (S. 2). An den Finanzmärkten stellt sich die Frage, ob der Trump-Trade nun vorerst beendet ist und der Alltag wieder einkehrt oder ob der politische Wechsel weitere Schatten vorauswirft. Vielleicht kommt auch erst einmal nur die Ruhe zwischen zwei Stürmen. Die auch auf Basis der politischen Ereignisse geänderten Prognosen werden wir Ihnen im Rahmen unseres Jahresausblicks „Märkte und Trends 2025“ am 21. November vorstellen.



USA: Das Comeback von Donald Trump

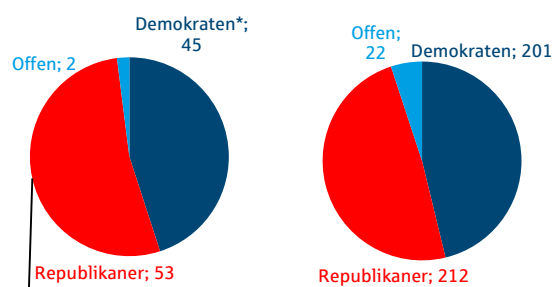
pf/ Nach einem scheinbar endlos langen Wahlkampf ist die Entscheidung gefallen. Der 45. Präsident der USA wird auch ihr 47. sein – und eine Kongressmehrheit hinter sich haben.

Donald Trump kehrt am 20. Januar 2025 ins Weiße Haus zurück. Der Kongress am anderen Ende der Pennsylvania Avenue wird dann voraussichtlich von seiner Partei, den Republikanern, kontrolliert. Aktuell steht das Endergebnis weder im Senat noch im Repräsentantenhaus fest, aber im Senat haben die Republikaner die „magische“ Grenze von 50 Sitzen bereits überschritten. Im Repräsentantenhaus sind sie mit 212 Sitzen näher an der Mehrheitsgrenze von 218 (bei 22 noch ausstehenden Bezirken). Dies spricht dafür, dass die von uns bisher unterstellte Bremsfunktion einer durch die Opposition kontrollierten Kongresskammer entfällt (Schaubild).¹

Damit stellt sich die Frage, in welchen Punkten der Wahlausgang unsere Prognosen beeinflusst. Wir überarbeiten diese gerade und werden den neuen Ausblick in „Märkte und Trends 2025“ am 21. November präsentieren. Erschwert wird diese Analyse durch die Unberechenbarkeit Trumps. Üblicherweise muss man bei Wahlkampfaussagen stets gewisse Abschläge vornehmen, weil nie 100 % davon umgesetzt werden. Aber bei Trump widersprechen sich selbst Leute aus seinem eigenen Team teilweise hinsichtlich der Frage: Meint er das ernst oder ist es nur als Drohkulisse gedacht? Zu manchen Punkten lassen sich allerdings bereits einige vorläufigen Aussagen machen.

Doppelte republikanische Mehrheit absehbar

Sitzverteilung im neuen Senat (100) ...und Repräsentantenhaus (435)



*einschl. Unabhängige, die Teil der demokratischen Fraktion sind
Quellen: Realclearpolitics, Helaba Research & Advisory

Handelspolitik: Meint Trump es ernst?

Eine sehr klare Ansage hat der selbsterklärte „tarriff man“ Trump im Hinblick auf die Handelspolitik gemacht: Unternehmen, die in den USA Produkte verkaufen wollen, sollen diese auch dort herstellen. Ausdrückliches Ziel ist es, anderen Ländern Fabriken und Jobs „zu stehlen“, so wie es in seiner Lesart umgekehrt seit Jahrzehnten passiert. Zu diesem Zweck kündigte er umfangreiche Zölle an, insbesondere gegen China. Der Präsident hat hier auch ohne Kongressmehrheit einigen Spielraum und mit beiden Häusern des Kongresses hinter sich würden wohl auch die Gerichte ihn nicht wirklich bremsen.

Die Hoffnung der Handelspartner muss daher sein, dass Trump die angedrohten Zölle als Verhandlungsmasse ansieht, deren Verzicht sie erkaufen können. Da es in offenen, marktwirtschaftlich organisierten Systemen aber für Regierungen schwer bis unmöglich ist, private Import- und Exportentscheidungen zielgenau zu steuern, sind solche Gegenangebote eher nicht direkt in der Handelspolitik denkbar. Die EU könnte zwar ihren abgeschotteten Agrarmarkt für US-Produkte öffnen, aber dies scheint aus heutiger Sicht ein wenig wahrscheinliches Szenario.

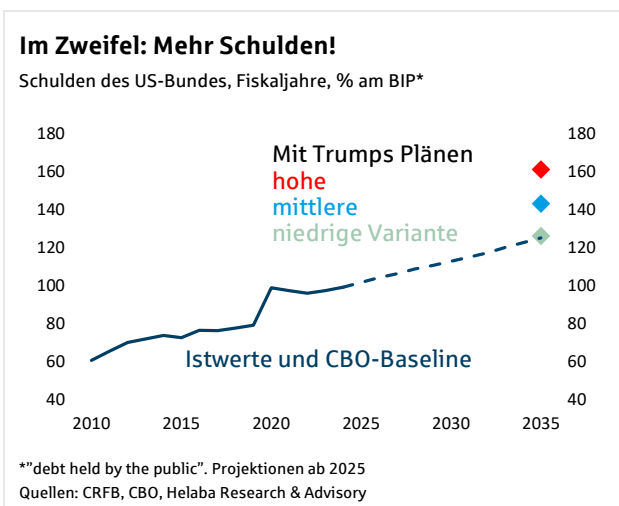
¹ Einschränkung ist hier allerdings anzumerken, dass die Republikaner nicht die Mehrheit von 60 Stimmen im Senat haben werden, die ihnen das Überstimmen eines „filibuster“ erlauben würde. Damit können die Demokraten im Senat Gesetzesvorhaben stoppen, die nicht unter die Regeln des „budget reconciliation“ fallen, also nicht unmittelbar und primär den Bundeshaushalt betreffen. Alternativ müssten die Republikaner die „nukleare Option“ wählen und den filibuster abschaffen.

Stattdessen wäre es wohl realistischer, wenn die Handelspartner den USA auf anderen Politikfeldern entgegenkämen, z.B. in der Sicherheitspolitik. Selbst dann wäre aber nicht gesagt, dass Trump bei unverändert hohen oder gar steigenden US-Handelsbilanzdefiziten die Zollkeule später nicht doch wieder herausholt. Dass China diese schon 2025 zu spüren bekommt, ist ziemlich sicher. Unklar bleiben aber Umfang und Timing der neuen Handelshemmnisse. Auch in seiner ersten Amtsperiode ließ er sich überraschenderweise mehr als ein Jahr Zeit, bevor die Zollpolitik gegenüber China ein Thema wurde.

Je breiter und je höher die Zollbelastungen auf Importe ausfallen, umso negativer wäre der konjunkturelle Effekt – auch für die USA selbst. Umso mehr würde Trump zudem auch seinem eigenen Versprechen entgegenwirken, die Inflation „zu besiegen“. Hier könnte über stärker steigende Importpreise auf der Verbraucherpreisebene schnell eine Größenordnung erreicht werden, die die Fed veranlassen würde, ihren Zinssenkungszyklus vorsichtiger zu gestalten als sie das bisher geplant hat.

Fiskalpolitik: Steuern runter, Schulden rauf

Dies gilt auch für die wahrscheinlich expansiver werdende Fiskalpolitik, die die private Nachfrage anschieben sollte. Trump will seine Steuersenkung von 2017, die teilweise Ende 2025 ausläuft, fortschreiben. Zusätzlich hat er im Wahlkampf weitere steuerliche Entlastungen versprochen – wenn auch mit unterschiedlich großem Nachdruck. Manches wird wohl wieder in Vergessenheit geraten. Aber per saldo sollte es – wahrscheinlich Anfang 2026 – einen fiskalischen Impuls durch niedrigere Steuern geben, der schon im Vorfeld die Stimmung verbessern könnte.



Schätzungen des Effekts auf Defizite und Staatsschulden sind mit einiger Unsicherheit behaftet, aber das Committee for a Responsible Federal Budget (CRFB) hat in seinem mittleren Szenario bis 2035 eine Zusatzverschuldung von 7,75 Bio. US-Dollar errechnet. Während die Basisprojektion des Congressional Budget Office (CBO) unter der Annahme geltenden Rechts sowieso schon einen Anstieg der Bundesschulden von rund 100 % des BIP 2024 auf 125 % bis 2035 vorsieht, wäre unter Trump dann in der mittleren Variante ein Stand von 143 % zu erwarten.²

Einwanderung: Weniger Arbeitskräfte

Die im Wahlkampf propagierten Massendeportationen würden wohl auf erhebliche logistische und rechtliche Hindernisse stoßen. Aber eine restriktivere Einwanderungspolitik zeichnet sich klar ab. Sie wird die Nettozuwanderung – 1 Mio. 2020/21, 1,14 Mio. 2022/23 – nicht auf null bringen, aber deutlich senken. Diese Zuwanderung war ein wichtiges Ventil, das es der US-Wirtschaft erlaubte, nach der Pandemie für eine ausgedehnte Zeit oberhalb ihres Trends zu wachsen und viele neue Jobs zu schaffen, während der Lohndruck bald wieder abflaute. Nach vorne gerichtet ergibt sich daraus das Risiko eines knapperen Arbeitskräfteangebots und in dessen Folge eines höheren Lohndrucks, den die Fed im Auge behalten muss.

Deregulierung und Klima: Abkehr von Bidens Kurs

Obwohl Trump sein Versprechen, für jede neue Regulierung zwei alte abzuschaffen, in seiner ersten Amtszeit nicht eingehalten hat, dürfte er nach der Regulierungswut der Biden-Regierung und relativ zu dem, was unter Kamala Harris zu erwarten gewesen wäre, tatsächlich einen klaren Kurswechsel hinlegen. Dies wird auch die Finanzindustrie betreffen, vor allem aber das Verarbeitende Gewerbe und den Bergbau. Trump hat schon lange Umweltauflagen kritisiert, die die Öl- und Automobilindustrien schädigen würden.

² Siehe CRFB „The Fiscal Impact of the Harris and Trump Campaign Plans“, vom 28. Oktober 2024.

Die Steuersubventionen des so genannten „Inflation Reduction Act“ für „grüne“ Technologien dürften größtenteils erhalten bleiben, aber Kaufanreize für Elektroautos wird Trump wohl streichen – wenn ihn sein Unterstützer Elon Musk nicht davon abhalten kann. Der neue Präsident wird die unter Biden gemachten Schritte in Richtung Dekarbonisierung nicht vollständig zurückrollen, aber weitere Anstrengungen in dieser Richtung werden in den kommenden Jahren wohl primär von den Einzelstaaten oder von privater Initiative ausgehen. Ob Trump erneut aus dem Pariser Klimaabkommen aussteigen wird, ist offen.

Fazit: Nichts für schwache Nerven

Trump kann nicht wiedergewählt werden und muss daher noch weniger Rücksicht auf die öffentliche Meinung nehmen als in seiner ersten Amtszeit. Er hat die vergangenen vier Jahre als eine Periode ungerechter juristischer Verfolgung durch „seine Feinde“ wahrgenommen und Vergeltung angekündigt. Seine Rhetorik ist – vielleicht altersbedingt – noch extremer geworden. Und hatte Trump von 2017 bis 2021 noch diverse „traditionelle“ Republikaner in seiner Regierung, so wird er sich jetzt voraussichtlich mit Anhängern umgeben, die ihm weitgehend blind folgen. Damit spricht vieles dafür, dass Trumps zweite Amtszeit in mancherlei Hinsicht noch „wilder“ sein wird als die erste.



Deutschland: Politische Unsicherheit verstärkt Pessimismus

saz/ Die politischen Ereignisse dieser Woche erhöhen die Unsicherheit. Diese Unsicherheit dürfte zunächst für wieder mehr Pessimismus bei den ZEW-Konjunkturerwartungen sorgen.

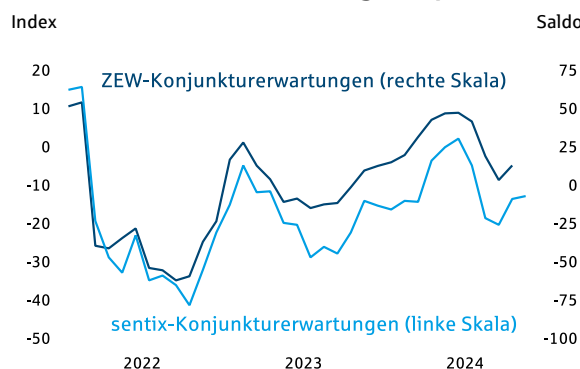
Am Montag wurden die Ergebnisse der sentix-Umfrage veröffentlicht. Hierbei haben sich die Konjunkturerwartungen für Deutschland im Vergleich zum Vormonat etwas verbessert. Dies liefert eigentlich eine positive Indikation mit Blick auf den in der kommenden Woche anstehenden ZEW-Index der Konjunkturerwartungen.

Allerdings wurde die sentix-Umfrage in der vergangenen Woche durchgeführt, als Deutschland noch eine intakte Bundesregierung verfügte und der Wahlsieg Donald Trumps – inklusive der Mehrheit im Repräsentantenhaus und im Senat – noch nicht klar war.

Diese zum Teil überraschenden Informationen wurden aber diese Woche unter anderem für die aktuelle Umfrage des ZEW relevant. Die befragten Finanzmarktanalysten werden die politischen Ereignisse – im Gegensatz zur sentix-Umfrage – in ihren Einschätzungen berücksichtigen.

Wie stark sich die Wiederwahl Trumps und der Koalitionsbruch in Deutschland letztlich auf die deutsche Konjunktur auswirken werden, ist ungewiss. Sicher ist jedoch, dass die Unsicherheit spürbar zugenommen hat. Wir erwarten, dass sich diese gestiegene Unsicherheit zunächst in einem höheren Pessimismus in der ZEW-Umfrage niederschlagen wird. Entsprechend rechnen wir mit einem leichten Rückgang der ZEW-Konjunkturerwartungen.

Letzte Woche waren die Befragten optimistischer



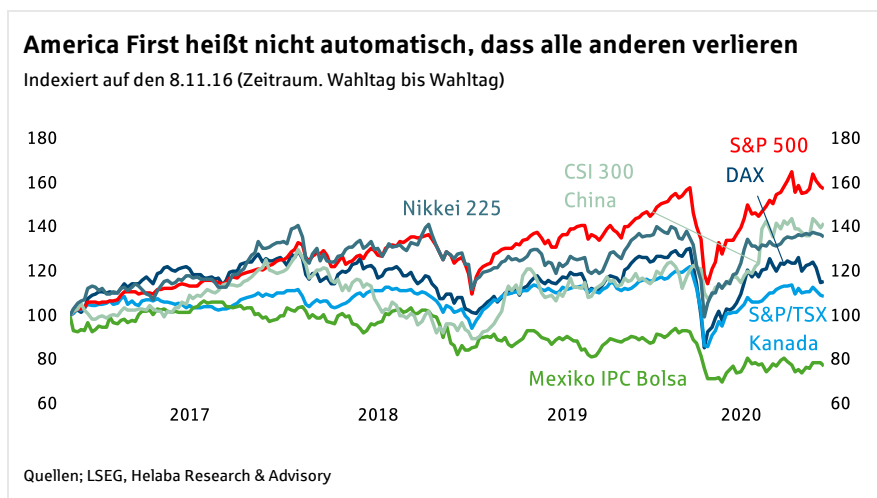


Aktien: Politische Börsen...

mr/ Während sich der Sieg Donald Trumps bei den US-Wahlen im Vorfeld abzeichnete, kam das Ampel-Aus überraschend. Beides hat an den Aktienmärkten für wenig Aufregung gesorgt.

Auch wenn politische Börsen einem alten Sprichwort zufolge kurze Beine haben, waren die Blicke der Marktteilnehmer sehr stark auf den Ausgang der US-Wahlen gerichtet. Das überraschend klare und rasch feststehende Ergebnis dürfte sicherlich ein wesentlicher Grund dafür gewesen sein, dass an den Aktienmärkten keine Nervosität aufkam und insbesondere die US-Indizes sehr positiv reagierten. Dass die US-Notenbank erwartungsgemäß den Leitzins um 25 Basispunkte senkte, hat Aktien ebenfalls geholfen.

Mit Blick auf den DAX ist das Stimmungsbild durchaus ambivalent. Schließlich birgt Trumps künftige Politik neben Wachstumschancen durch Steuersenkungen und Deregulierung auch enorme Risiken in Form von Zöllen. Erinnerungen an seine erste Amtszeit werden wach. Ein Blick auf die Kursverläufe der Aktienindizes Amerikas und seiner



fünf wichtigsten Handelspartner zeigt aber auch, dass „America First“ nicht automatisch heißt, dass alle anderen verlieren. So sind mit Ausnahme des mexikanischen Aktienmarktes während der ersten Amtszeit Trumps (gemessen von Wahltag bis Wahltag) auch die Aktienindizes der wichtigsten Handelspartner gestiegen, nur eben zum Teil deutlich weniger als der S&P 500.

Auch wenn schon lange und viel von Deglobalisierung gesprochen wird, ist dies nichts, was

von heute auf morgen umgesetzt werden kann. Das zeigt sich allein schon an den Auswirkungen vergleichsweise kleiner Störungen in den internationalen Lieferketten auf die Unternehmen. Selbst Donald Trump dürfte wenig Interesse daran haben, durch eine allzu aggressive Zollpolitik letztlich auch den eigenen Unternehmen und damit den Aktienkursen zu schaden. Schließlich hat er in seiner ersten Amtszeit jeden neuen Höchststand bei Dow Jones als seinen Erfolg gefeiert. Insofern kommt es nun sehr stark auf das Verhandlungsgeschick Europas und Deutschlands an. Vor diesem Hintergrund wäre es von Vorteil, zügig Neuwahlen anzusetzen und eine neue, handlungsfähige Regierung zu bilden.



Finanzmarktkalender

Zeit	Land	Periode	Indikator	Helaba-Prognose	Bloomberg Consensus	Vorperiode
Montag, 11.11.2024						
	US		Veterans Day - Rentenmarkt geschlossen			
Dienstag, 12.11.2024						
11:00	DE	Nov	ZEW-Saldo der Konjunkturerwartungen	12,0	12,5	13,1
	DE		Handels-/Leistungsbilanz, Mrd. €, nsb	18,0 / 18,0	k.A.	17,6 / 14,4
16:00	US		Fed-Gouverneur Waller			
16:15	US		Richmond-Fed-Präsident Barkin			
23:00	US		Philadelphia-Fed-Präsident Harker			
23:30	US		Richmond-Fed-Präsident Barkin			
Mittwoch, 13.11.2024						
11:00	EZ	Sep	Industrieproduktion % gg. Vm., sb % gg. Vj., sb	-1,0 -1,0	-1,3 -1,7	1,8 -0,2
14:30	US	Okt	CPI Konsumentenpreise % gg. Vm. % gg. Vj.	0,2 2,5	0,2 2,6	0,2 2,4
14:30	US	Okt	CPI ohne Energie & Nahrungsmittel % gg. Vm. % gg. Vj.	0,2 3,2	0,3 3,3	0,3 3,3
15:45	US		Dallas-Fed-Präsidentin Logan			
19:00	US		St.-Louis-Fed-Präsident Musalem			
19:30	US		Kansas-City-Fed-Präsident Schmid			
Donnerstag, 14.11.2024						
11:00	EZ	Q3	BIP zweite Schätzung % gg. Vq. % gg. Vj.	0,4 0,9	0,4 0,9	0,2 0,6
14:30	US	Okt	PPI Erzeugerpreise, % gg. Vm.	0,2	0,2	0,0
14:30	US	Okt	PPI ohne Energie und Nahrungsmittel, % gg. Vm.	0,3	0,3	0,2
14:30	US	09. Nov	Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung, Tsd	225	k.A.	221
15:15	US		Richmond-Fed-Präsident Barkin			
21:00	US		Fed-Präsident Powell			
22:15	US		New-York-Fed-Präsident Williams			
Freitag, 15.11.2024						
08:00	UK	Q3	BIP 1. Schätzung, % gg. Vq.	0,2	0,2	0,5
14:30	US	Nov	Empire-State-Umfrage; Index	0,0	3,5	-11,9
14:30	US	Okt	Einzelhandelsumsätze, % gg. Vm.	0,4	0,3	0,4
14:30	US	Okt	Einzelhandelsumsätze ohne Pkws, % gg. Vm.	0,4	0,2	0,5
15:15	US	Okt	Industrieproduktion, % gg. Vm.	-0,3	-0,2	-0,3
15:15	US	Okt	Kapazitätsauslastung; %	77,1	77,3	77,5
16:00	US	Sep	Lageraufbau; % gg. Vm.	0,2	0,2	0,3

Quellen: Bloomberg, Helaba Research & Advisory



Prognosetabelle: BIP und Inflation

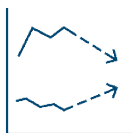
Stand 30. Oktober – aktualisierte Prognosen werden mit unserem Jahresausblick „Märkte und Trends 2025“ am 21. November veröffentlicht.

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
	reale Veränderung gg. Vorjahr, %				Veränderung gg. Vorjahr, %			
	2022	2023	2024p	2025p	2022	2023	2024p	2025p
Eurozone	3,5	0,5	0,8	1,4	8,4	5,4	2,4	2,4
Deutschland	1,4	-0,1	0,0	1,2	6,9	5,9	2,3	2,3
Frankreich	2,6	1,1	1,2	1,3	5,9	5,7	2,5	2,7
Italien	4,8	0,8	0,9	1,2	8,7	5,9	1,3	2,6
Spanien	6,2	2,7	2,8	2,0	8,3	3,4	3,0	2,7
Niederlande	5,0	0,1	0,2	1,7	11,6	4,1	3,0	2,3
Österreich	4,9	-0,7	0,0	1,5	8,6	7,8	3,3	2,6
Schweden	1,6	-0,1	0,5	2,0	8,4	8,5	3,1	1,8
Polen	5,9	0,1	2,7	3,4	14,4	11,4	4,0	4,0
Tschechien	2,9	0,0	1,0	2,5	15,1	10,7	2,4	2,5
Ungarn	4,3	-0,8	1,5	3,0	14,5	17,6	4,0	4,0
Großbritannien	4,8	0,3	1,0	1,2	9,1	7,3	2,5	2,5
Schweiz	2,9	1,2	1,5	1,4	2,8	2,1	1,2	1,2
USA	2,5	2,9	2,5	2,2	8,0	4,1	3,0	2,5
Japan	1,1	1,7	0,2	1,3	2,5	3,3	2,2	2,0
Asien ohne Japan	3,7	4,9	4,5	4,4	3,7	2,0	1,9	2,3
China	3,0	5,2	4,7	4,5	2,0	0,2	0,6	1,7
Indien*	7,1	8,2	6,8	6,3	6,7	5,7	4,8	4,4
Russland	-2,1	3,0	3,0	2,0	13,7	5,9	7,0	4,5
Türkei	5,6	4,5	2,4	3,7	72,4	53,9	55,0	27,0
Lateinamerika**	3,7	2,1	1,8	2,4	14,9	18,3	25,8	8,1
Brasilien	2,9	2,9	2,8	2,5	9,0	4,6	4,0	3,5
Welt	3,2	3,1	2,9	3,0	7,0	5,0	4,6	3,0

Welt: gewichtet auf PPP-Basis, ab Juni 2023 Umstellung auf Basisjahr 2017; Verbraucherpreise Welt ohne Türkei

*Indien: Financial Year; ** Lateinamerika wegen Hyperinflation ohne Venezuela; p=Prognose, BIP-Wachstum soweit verfügbar kalenderbereinigt

Quellen: Macrobond, LSEG, Helaba Research & Advisory



Kapitalmarktprognosen

Stand 30. Oktober – aktualisierte Prognosen werden mit unserem Jahresausblick „Märkte und Trends 2025“ am 21. November veröffentlicht.

	Veränderung seit ...		aktueller Stand**	Q4/2024	Q1/2025	Q2/2025	Q3/2025
	31.12.2023	Vorwoche*					
Zinsen	Basispunkte		%				
EZB Refi-Satz	-110	0	3,40	3,40	2,90	2,65	2,65
EZB Einlagenzins	-75	0	3,25	3,25	2,75	2,50	2,50
Tagesgeldsatz €STR	-72	1	3,16	3,20	2,75	2,50	2,50
3M Euribor	-88	-3	3,03	3,15	2,70	2,50	2,50
6M Euribor	-100	-1	2,86	3,05	2,70	2,55	2,55
2j. Bundesanleihen	-19	-7	2,21	2,20	2,10	2,10	2,20
5j. Bundesanleihen	31	-1	2,26	2,15	2,05	2,05	2,20
10j. Bundesanleihen	42	5	2,45	2,10	2,00	2,00	2,30
2j. Swapsatz	-48	-7	2,32	2,50	2,40	2,40	2,50
5j. Swapsatz	-12	-5	2,31	2,50	2,40	2,40	2,55
10j. Swapsatz	-8	-2	2,41	2,50	2,40	2,40	2,70
20j. Swapsatz	-12	1	2,41	2,50	2,40	2,40	2,70
30j. Swapsatz	-15	1	2,19	2,25	2,15	2,15	2,45
Fed Funds Target Rate	-75	-25	4,63	4,38	3,88	3,63	3,38
10j. US-Treasuries	45	4	4,33	3,80	3,70	3,70	3,80
Aktien	Landeswährung, %						
DAX	15,6	1,5	19.363	19.000	19.300	19.500	19.750
Euro Stoxx 50	7,3	0,5	4.852	5.050	5.100	5.150	5.200
Dow Jones	16,0	4,7	43.729	41.500	41.800	42.100	42.400
S&P 500	25,2	4,7	5.973	5.650	5.700	5.750	5.800
Nikkei 225	17,7	0,8	39.381	40.500	40.900	41.300	41.700
Gold und Brentöl	%						
Gold €/Unze	34,1	-0,6	2.507	2.273	2.273	2.261	2.261
Gold \$/Unze	31,2	-1,4	2.707	2.500	2.500	2.600	2.600
Brentöl \$/Barrel	-1,8	3,4	76	88	90	92	92
Devisen	jeweils gg. Euro, %		jeweils gg. Euro				
US-Dollar	2,2	0,7	1,08	1,10	1,10	1,15	1,15
Japanischer Yen	-5,8	0,1	165	158	154	155	155
Britisches Pfund	4,2	1,4	0,83	0,87	0,88	0,88	0,88
Schweizer Franken	-1,5	-0,2	0,94	0,97	0,97	0,97	0,98

* 31.10.2024 ** 07.11.2024

Quellen: Bloomberg, Helaba Research & Advisory



Neues von Research & Advisory

Links zu kürzlich erschienenen Analysen
→ **Im Fokus: Aktien**

Wir sind für Sie da:

Themengebiete	Autoren/-innen	Durchwahl 069/9132-
Chefvolkswirtin/Head of Research & Advisory	Dr. Gertrud R. Traud (gt)	20 24
Rentenstrategie	Ulf Krauss (uk)	47 28
Aktienstrategie	Markus Reinwand (mr), CFA	47 23
Devisenstrategie, Großbritannien	Christian Apelt (ca), CFA	47 26
Gold	Claudia Windt (cw)	25 00
Immobilien	Dr. Stefan Mitropoulos (smi)	46 19
	Paul Richter (pr)	79 58
Rohöl	Ralf Umlauf (ru)	11 19
Unternehmensanleihen	Ulrich Kirschner (uki), CFA	28 39
Bankanleihen	Dr. Susanne Knips (sk)	32 11
Deutschland, Eurozone, Branchen	Dr. Stefan Mütze (smü)	38 50
	Simon Azarbayjani (saz)	79 76
USA, China	Patrick Franke (pf)	47 38
Nordeuropa, Zentraleuropa	Marion Dezenter (md)	28 41
Emerging Markets	Patrick Heinisch (ph)	74 27
	Viola Julien (vj)	20 32
Geopolitik	Ralf Schuster (rs)	28 88
Finanzplatz Frankfurt	Ulrike Bischoff (ub)	52 56

Herausgeber und Redaktion

Helaba Research & Advisory

Redaktion:
Ulf Krauss

Verantwortlich:
Dr. Gertrud R. Traud
Chefvolkswirtin/
Head of Research & Advisory

Neue Mainzer Str. 52-58
60311 Frankfurt am Main
Tel. 069/91 32-20 24
Internet: <http://www.helaba.de>

Disclaimer

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.



Hier können Sie sich für unsere Newsletter anmelden:
<https://news.helaba.de/research/>